

# Danziger



# Zeitung.

№ 16689.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagen- gasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitspalt oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellungen auf die „Danziger Zeitung“ für das nächste Quartal rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Ver- sendung eintritt. Die Postanstalten be- fördern nur so viele Exemplare, als bei den- selben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenden Exemplare pro 4. Quartal 1887 5 Mark, für Danzig incl. Bringerlohn 5 M. 25 Pf. Abgeholt kann die Zeitung werden für 4 M. 50 Pf. pro Quartal.

Kettnerhagen- gasse Nr. 4 in der Expedition, Alst. Graben Nr. 108 bei Herrn G. Henning, Alst. Graben Nr. 72 bei Herrn S. Dörmann, Heil. Geist- gasse Nr. 47 bei Herrn Carl Sündt, Fischmarkt Nr. 26 bei Herrn Wilhelm Bellig, Heil. Geist- und St. Krämergasse- Ecke bei Herrn Restaurant-Redakteur, Hinterm Lazareth Nr. 3 bei Herrn Restaurant-Redakteur.

Kohlmarkt Nr. 32 bei Herrn J. v. Glinski, Brodhaufen- und Kirchhofgasse- Ecke bei Herrn A. Martens.

Kassabühnen Markt bei Herrn Winteler, Langgarten Nr. 102 bei Herrn A. Ring, Paradiesgasse Nr. 14 bei Herrn D. Ziegler, Pfeffermarkt Nr. 37 bei Herrn Rud. Behr, Pöggendorfs Nr. 48 bei Herrn Pawlowski, Pöggendorfs Nr. 73 bei Herrn Krawinkel, Sohe Seigen Nr. 27 bei Herrn Wolff, Hammbau Nr. 30 a. bei Herrn Hermann, Weidenstraße Nr. 32 bei Herrn v. Goltz, Schwarzes Meer (Gr. Bergg.) bei Herrn Schipanski, Petershagen a. d. N. Nr. 8. bei Herrn Angermann.

## Die Ausfuhrbestimmungen zum Branntweinsteuergesetz

Sind in ihrer vollen Ausführlichkeit nicht für jeden unserer Leser von solchem Interesse, daß ein wörtlicher Abdruck derselben in unserem Blatte nöthig wäre, ganz abgesehen davon, daß die enorme Länge des Artikels den Raum einer Tageszeitung weit übersteigt. Um aber, nachdem wir gestern den die meisten Kreise interessirenden Teil über die Nachsteuerung publiziert haben, den Bedürfnissen und Wünschen der engeren Interessenten in unserem Leserkreis entgegenzukommen, stellen wir den Lesern den wörtlichen Abdruck der gesamten Ausführungs- Bestimmungen zur Verfügung. Nur müssen wir dieselben bitten, sich die Druckfäße abholen zu lassen; gegen Vorzeigung der Abonnementskarte wird dieselbe bei unserer Expedition verabfolgt werden. Den rezeptionsfähigen aus- wärtigen Abonnenten, die uns von ihren Wünschen in Kenntniß setzen, werden wir je ein Exemplar gern per Kreuzband frankirt zu senden.

Auf unsere Zeitung nicht abonnirten Lesern stehen Exemplare à 10 S. gegen Einsendung von Postmarken franco zur Verfügung.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 30. September.

### Das „Neue Germanien“ des Dr. Föhrer.

(Zur Warnung für Bauern und Handwerker.)

Der ehemalige Antisemitenführer Dr. F. Föhrer, der sich seit einigen Jahren in Asuncion (Paraguay) niedergelassen hat, wirbt neuerdings die „Gerren Lehrer und Gelehrten“ als Agenten an für eine neu zu bildende Colonie in Südamerika. Die Republik Paraguay hat Dr. F. Föhrer, wie er behauptet, nach 2½-jährigen Reisen und Untersuchungen als ein für deutsche Colonisten ungewöhnlich geeignetes Land erkannt. Da aber für die Länderreisen am Paraguay selbst schon außerordentlich hohe Preise gefordert werden, so hat Herr Föhrer an einem schiffbaren Nebenflusse des Paraguay, im District von San Pedro, etwa unter dem 24. südlicher Breite, eine reichliche Tagesfahrt (Stromaufwärts gerechnet) von dem Paraguay entfernt, einen, wie er sich ausdrückt, wohl abgerundeten, überaus günstig beschaffenen Gau von fast 600 Qu.-Kilometer (zwei Quadrat-Meilen) Flächeninhalt erworben. Derselbe ist zu ¼- mit „bestem Urwald“ bestanden, das übrige ist vorzügliches Weideland. Herr Föhrer entwirft ein verlockendes Bild der Fruchtbarkeit des Bodens, der jahrelang ohne Düngung ein bis zwei Ernten bringt und von dem er Colonisten 150 preussische Morgen zum Preise von 300 Mark anbietet. Bei größeren Parzellen ist er bereit, 18% Dubrat-Kilometer zu 8-10 000 M. abzu- geben. Aber nach dem 31. Dezember 1888 ist eine Erhöhung des Preises „nicht ausgeschlossen“. Zur Beschaffung von Colonisten wendet sich Herr Dr. Föhrer in seinem neuesten Aufruf an die Lehrer und Gelehrten, da er dieselben „als die natürlichsten und unbefangenen Rathgeber der oft so schlecht berathenen und in Sachen der Aus- wanderung meist unerfahrenen Bewohner kleinerer Ortschaften“ ansieht. Bezüglich der Colonisten be- sagt der Aufruf:

„Ich habe hier nicht die Leute im Auge, welche sich in den reichen Oasen und Handelsstädten der neuen Länder durch die Kraft ihrer Arme ernähren wollen, auch nicht die zahlreichen Männer mit guter Schul- bildung, welche jenseits des Ozeans eine Verwerthung ihrer Kenntnisse suchen. Ich denke vielmehr an die Bauern und Handwerker, die, gleichwie aus welcher Ursache, ihre alt- heimath aufgeben, um sich anderwärts eine neue zu begründen. Für die wichtigsten und zahl- reichste Klasse von Auswanderern haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika schon längst angeführt das gelobte Land zu sein, als welches sie in früheren Jahren galten durften. Aber auch die an sich werthvollen neuen Erwerbungen in Afrika und der Südsee geben zunächst dem deutschen Bauern und Handwerker nur in geringem Umfange ein ersprießliches Arbeitsfeld. Das letztere

besteht vor allem in Südamerika zu suchen ist, haben die in Sachen der Auswanderung und der Colonisation er- fahrenen Männer schon längst erkannt.“

Abgesehen davon, daß Herr F. Föhrer sich einer genaueren Ortsbezeichnung des von ihm zu Colonisationszwecken angekauften Landes enthält, daß also die Colonisten gänzlich auf die Discretion des Herrn Föhrer angewiesen sind, muß auf folgendes aufmerksam gemacht werden: Der Föhrer- sche Aufruf legt mit Recht den Nachdruck darauf, daß die neue Colonie sich „bequemer Verbindung mit den Weltmärkten“ erfreut. Paraguay selbst ist so schwach bevölkert, daß im Inlande auf den Absatz der Producte der Colonien nicht zu rechnen ist. Mit Aus- nahme von Asuncion, welches 18 000 Einwohner zählt, hat das Land nur kleinere Ortschaften von etwa 500 Einwohnern, die für die deutschen Colo- nisten keine Absatzmärkte sein würden. Die Colonie würde also den Absatz für ihre Producte auf den Weltmärkten suchen müssen. Diefem Absatz aber steht ein Hinderniß entgegen, welches Herr Dr. Föhrer nicht unbekannt sein kann, dessen Erwähnung der Urheber des Aufrufs — aus welchem Grunde, muß dahingestellt bleiben — zunächst unterlassen hat. Ein Blick auf die Karte genügt, um zu erkennen, daß der Paraguay, ehe er das Binnenland Paraguay verläßt, auf einer weiten Strecke Argenti- nien durchfließt, ehe er sich in den atlantischen Ocean ergießt. Argentinien aber erhebt hohe Ein- gangszölle, die bei der Wiederausfuhr nicht erstattet werden, in Wirklichkeit also als Durchfuhrzölle wirken und die Concurrenzfähigkeit der deutschen Colonie des Herrn Dr. Föhrer auf dem Weltmarkt von vornherein ausschließen. Mangelnder Absatz im Inlande, Ausschluß vom Weltmarkt: das sind die verlockenden Aussichten des Föhrer'schen neuen Deutschlands! Damit ist die Lebensfähigkeit der Föhrer'schen Colonie ernstlich in Frage gestellt.

Die Lehrer und Gelehrten, welche durch den Aufruf des Herrn Föhrer zur Agitation für das Unternehmen in Anspruch genommen werden, müssen sich doch überlegen, ob sie sich hier nicht zum Werkzeug einer Speculation machen. Herr Föhrer legt in seinem Aufruf ein in dieser Hinsicht sehr beachtenswerthes Zeugniß ab. Unter der Ueber- schrift: „Rathschläge und Warnungen“ heißt es: „Während der ganzen Reise, sowohl auf dem Dampfer wie in großen Hafenstädten von Seiten Deutscher und Fremder, selbst auf kaiserlich deutschen Consulaten (z. B. in Montevideo) muß der nach Paraguay Aus- wandernde ein Kreuzfeuer von Abmahnungen, Ein- schüchterungen und Verordnungen befehlen. Diese leb- haft betriebene Agitation, welche vielfach den Zweck ver- folgt, den Auswanderer in eigennützigem Interesse (der deutschen Consulate) nach anderen Zielen zu lenken und meist auf völliger Unkenntnis des Abzugeslandes be- ruht, lasse der Reisende gleichmüthig an sich vorüber- gehen.“

Diese Verächtlichkeit der kaiserlich deutschen Consuln im Auslande ist charakteristisch für das Föhrer'sche Unternehmen. Vielleicht ist es diese Rühmlichkeit des Colonisators, welche die Regierung nach einer, dem „Berl. Tagebl.“ zugegangenen Mit- theilung veranlaßt, die Lehrer und Gelehrten „unter Androhung von Disciplinarmregeln“ zu warnen, sich mit Herrn Dr. Föhrer einzulassen oder sogar seinen Plänen Vorschub zu leisten. Um so auf- fälliger ist es, daß Herr Föhrer die Betheiligten anfordert, die Einzahlung des Kaufpreises für die Grundstücke bei dem Bankier P. Kürbitz in Ham- burg a. S. oder bei dem Secretär des deutschen Colonialvereins Max Schubert in Chemnitz zu leisten. Die Betheiligung des deutschen Colonial- vereins an dem Föhrer'schen Unternehmen ist immer- hin auffällig.

Zum Zwischenfall an der deutsch-französischen Grenze schreibt unser Berliner Correspondent von gestern:

In den hiesigen politischen Kreisen wird es als ein Beweis für die Aufrichtigkeit des Wunsches der französischen Regierung angesehen, daß sie den offiziellen Bericht über den Vorfall an der Grenze, der in Abdrück an die deutsche Regierung geschickt worden ist, nicht hat veröffentlicht lassen. An- scheinend gehen die beiden offiziellen Berichte, der deutsche und der französische, gerade in den wich- tigen Punkten, nämlich, ob die Franzosen, welche von den Schiffen getroffen wurden, sich auf deutschem oder auf französischem Boden befunden haben, weit auseinander. Von anderer Seite wird freilich darauf aufmerksam gemacht, daß das Ver- fahren des mit dem Fortschritt beauftragten Soldaten selbst dann ungerechtfertigt gewesen wäre, wenn die französischen Jäger, die sich doch keiner Aggression schuldig gemacht haben, sich auf deutschem Boden befunden hätten. Unter diesen Umständen hat die Befürchtung, daß es schließlich über diese Widersprüche in den beiderseitigen Mit- theilungen noch zu Differenzen kommen werde, keine Berechtigung. Ist einmal festgestellt, daß Kaufmann seine Instruction überschritten hat, so wird deutscher- seits nicht geögert werden, der Sache ein Ende zu machen.

### Die Cartellparteien unter sich.

Während die „Magdeburger Zeitung“ der Be- hauptung der „Kreuzzeitung“, daß mit Miquel wegen Uebernahme des preussischen Handels- ministeriums vor kurzem verhandelt worden wäre, widerspricht, stellt das ebenfalls nationalliberale „Leipz. Tagebl.“ die Thatsache nicht in Abrede, sondern meint, die Nationalliberalen hätten ihre guten Gründe gehabt, von den Verhandlungen nichts in die Deffinitivität gelangen zu lassen.

Wer hat nun Recht?

Man brauchte über diese und ähnliche Nach- richten, wie sie von Zeit zu Zeit wiederkehren, kein Wort zu verlieren, wenn man sie lediglich als un- verständliche Repertorienschwindel betrachten könnte. Das sind sie aber nicht, sondern sie sind Schach- züge in dem Intriguen- und Schach- spiel, welches jetzt zwischen den „nationalen“ Parteien im Gange ist.

Wer wird den Vortheil von dem Cartell haben? Das ist jetzt die Frage. Für den Augenblick haben ihn ohne Zweifel die Conservativen.

Der „Hamburger Correspondent“ meinte be-

kanntlich, es könne doch für eine nahe liegende Eventualität dem Reichskanzler erwünscht sein, auch einen gemäßigten Liberalen im Ministerium zu haben, der zugleich den berechtigten agrarischen Interessen entgegenzukommen geneigt sei, wenn er auch die Wünsche der „Kreuzzeitung“ in dieser Be- ziehung nicht ganz befriedige. Um diese Eventualität — bei welcher seltsamer Weise dem Reichskanzler die entscheidende Rolle angetheilt wird — dreht sich der Kampf, den die Cartellparteien unter einander führen. Die Nationalliberalen meinen, daß sie ihnen gehören müsse, die Conservativen denken aber nicht daran, sich aus dem Sattel heben zu lassen, in welchem sie sich jetzt recht hübsch festgesetzt haben. Nun möchten die Nationalliberalen jetzt schon vor- arbeiten, damit im entscheidenden Augenblick nur noch ein letzter Ruck nöthig ist, um die lieben „nationalen“ Freunde zu befeitigen.

Bis jetzt hat der Reichskanzler keine Neigung, sich Leute in das Ministerium zu setzen, welche, wie die „Nationalzeitung“ sagt, Ideen haben. Was er braucht, sind Leute, welche seine Ideen gut aus- führen; das thun seine jetzigen Minister; er hat also keinen Anlaß, sich von ihnen zu trennen. Die Zu- kunft wird aber schon selbst für sich sorgen; Speculationen auf diese scheinbar uns sehr nützlich.

Der Kampf zwischen den „nationalen“ Parteien um die Herrschaft ist freilich unermüdlich und er wird in dem Augenblicke ausbrechen, wo eine von ihnen hoffen kann, die andere zu befeitigen. Wie erbaulich es dabei hergehen wird, davon geben schon die jetzigen Geschehnisse, die doch erst kleine Vor- schenke des Kampfes sind, einen Begriff. Schmeicheleien sind es nicht, welche „Nationalzeitung“ und „Kreuzzeitung“ sich gegenseitig haben und noch täglich sagen. Natürlich beide nur aus Besorgnis für das ihnen beider aus- schließlich am Herzen liegende nationale Wohl. Für diesen Kampf möchten die Nationalliberalen die Unterstützung der Liberalen haben. Aber sie werden sich nicht wundern dürfen, wenn sie nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Thaten beurtheilt werden und im entscheidenden Augenblicke die Früchte ihrer Thaten ernten.

### Das reichsländische Bürgermeistergesetz.

Kurz vor Schluß der vorigen Reichstagsession kam bekanntlich noch das sogenannte Bürgermeister- gesetz für Elsaß-Lothringen zustande, welches den früheren Rechtszustand aus der französischen Zeit wieder herstellt und insbesondere die Regierung von der Verpflichtung entbindet, die Bürgermeister aus den Mitgliedern des Gemeinderaths zu entnehmen. Wie man hört, sind sehr zahlreiche Anmeldungen, namentlich von pensionirten Offizieren aus alt- deutschen Gebietszweigen, für die Bürgermeister- stellen eingegangen, wobei wohl auch der Irrthum mitgewirkt hat, als solle die Bezeichnung mit außer- halb der Gemeinden lebenden Personen zur Regel werden. Dieses ist jedoch keineswegs die Absicht des Gesetzes oder der reichsländischen Regierung, vielmehr sollte nur eine größere Freiheit der Aus- wahl behufs größerer Sicherung einer sachgemäßen, deutschfeindlichen Elementen nicht zugänglichen Ge- meindeverwaltung geschaffen werden. Bis jetzt soll denn auch dem Vernehmen der „Allg. Ztg.“ nach für nur etwa 30 Gemeinden von dem Gesetz Ge- brauch gemacht werden, und die Sorge der Regie- rung besteht darin, fähige Männer, welche die Art der Leute und das platte Land womöglich genauer schon kennen, für die Stellen zu finden.

### Der Verkehr auf Kunststraßen.

Durch das Gesetz über den Verkehr auf Kunst- straßen vom 20. Juni d. J. sind den Selbst-Ver- waltungsbehörden wichtige Befugnisse übertragen. Nach § 6 desselben können durch Beschluß des Bezirksausschusses für den Grenzverkehr, für be- stimmte Gegenden oder für bestimmte Arten von Fuhrwerken Erleichterungen der Bestimmungen über die erforderliche Breite der Radfelgenbeschläge und das zulässige höchste Ladegewicht zugelassen, auf Antrag der Straßenverwaltung das letztere für be- stimmte Straßenstrecken zeitweilig bis auf höchstens ¼ herabgesetzt werden. Der Provinzialrath ist nach § 8 ferner befugt, Normalgewichte für die Wagen und die wichtigsten Frachtgüter nach Maß und Zahl mit der Wirkung festzusetzen, daß die Gewichtszüge bei der Ermittlung des zulässigen Ladungsgewichts, vorbehaltlich des Gegen- Beweises, zu Grunde zu legen sind.

Von der im § 6 vorgesehenen Ermächtigung werden die Bezirksausschüsse der Grenzprovinzen, sowie diejenigen, deren Bezirke sehr gebirgige und wahrliche Gegenden enthalten, wenigstens zum Theil nothwendig Gebrauch machen müssen, damit das Gesetz am 1. Januar 1888 ohne Härte überall zur Durchführung gelangen kann. Nicht so unbedingt nothwendig ist die Feststellung der Normalgewichte durch den Provinzialrath, allein diese Maßnahme ist für die leichte und doch wirksame Handhabung der Controle von solcher Bedeutung, daß es im gleichmäßigen Interesse der Schaufferverwaltung wie des verkehrten Publikums liegt, damit ohne Verzug vorgehen. Die Oberpräsidenten und Re- gierungspräsidenten sind aus diesen Erwägungen unmittelbar nach dem Ersche des Gesetzes ange- wiesen worden, auf die rechtzeitig sachgemäße Be- schlussfassung der Selbstverwaltungsorgane hinzu- wirken und diese entsprechend vorzubereiten und zu fördern. Mit der Ausführung dieser Anweisung ist man allorts eifrig beschäftigt, und es steht mit Sicherheit zu erwarten, daß den Provinzialräthen und Bezirksausschüssen Gelegenheit gegeben werden wird, noch im Laufe des Jahres die ihnen neu übertragenen Functionen wahrzunehmen.

### Die Eröffnung der österreichisch-ungarischen Parlamente.

Wie bereits in einem Theile der gestrigen Abendausgabe telegraphisch mitgeteilt wurde, ist gestern der österreichische Reichsrath in Wien er- öffnet worden. In der jetzt in ausführlicherer Uebersicht vorliegenden Thronrede des Kaisers wird betont, daß noch viel auf allen Gebieten zu thun

übrig bleibe; doch müsse der Fortschritt mit der Finanzkraft gleichen Schritt halten, die Regierung werde dies bei allen Vorlagen berücksichtigen. Bei dem Kostenvoranschlage werde sie bis zur äußersten Grenze der Sparsamkeit gehen, ohne daß die Interessen des Staats gefährdet würden. Zur Hebung der Einkünfte beabsichtige sie, Vorlagen mit verhältnismäßiger Vertheilung der Lasten zu machen. Der Reichstag werde mit strenger Sparsamkeit in Betreff der Meliorationen und mit Vorsicht und Selbstverleugnung bei Bedeckung der unaufschieb- baren Erfordernisse vorgehen. Die Thronrede zählt alsdann die Vorlagen auf den verschiedenen Gebieten auf, unter denen sich der Finanzausgleich mit Croatien und die Erneuerung des Ende 1889 ablaufenden Wehrgesetzes befinden. Uebergend auf die auswärtigen Beziehungen, hebt die Thron- rede hervor, daß dieselben mit sämmtlichen aus- wärtigen Mächten fortwährend freundschaftliche und gute seien, und wenn auch die Weltlage nicht ver- änderlich sei, daß es zulässig erscheine, die größtmögliche Vervollkommenung der Wehrmacht Oesterreich- Ungarns außer Acht zu lassen. So hegt die Re- gierung doch die begründete Hoffnung, daß, indem sie auch fernerhin eifrig mit jenen Factoren zu- sammenwirke, mit denen bereit ist die Erhaltung des Friedens bisher gelungen, dessen ungehörte Aufrechterhaltung auch weiterhin gesichert bleiben werde.

Am selben Tage fand auch die Eröffnung des ungarischen Parlaments in Pest statt. Die Thron- rede empfiehlt Sparsamkeit und Hebung der Ein- künfte ohne Ueberbürdung der Nation und kündigt Vorlagen an über die Vervollkommenung des Rechts- schutzes, über Abkündigung der Regalien und über Er- neuerung des Finanzausgleichs mit Croatien, sowie des Wehrgesetzes, dessen Gültigkeit abläuft. Auch die ungarische Thronrede betont, die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu sämmtlichen auswärtigen Mächten seien freundschaftliche und gute, die Welt- lage erheische aber die Vervollkommenung der Wehrmacht.

### Die Enthüllung eines ungarischen Patrioten- Denkmals.

Das zum Andenken an den ungarischen Patrioten Franz Deszö als Nationalhelden er- richtete Monument ist, einem Bester Telegramm zufolge, gestern in der ungarischen Hauptstadt in Gegenwart des Kaisers, des Erzherzogs Josef und der Erzherzogin Stotilbe und deren Hofstaat feierlich enthüllt worden. An der Feier nahmen außerdem Theil: Sämmtliche Würdenträger der gemeinsamen, sowie der ungarischen Regierung, der französische, türkische und italienische Botschafter, das Consularcorps, Vertreter des Parlaments, der Geistlichkeit, der Generalität der Hauptstadt und sämmtlicher Comitate, die Spitzen der Behörden, sowie Vertreter der Wissenschaft, Kunst und Literatur. Graf Rudwig Tisza hielt die Festrede, in welcher er die großen Verdienste Deszö's um sein Vaterland feierte. Am Fuße des Denkmals wurde eine große Anzahl von Kränzen niedergelegt.

### Englische Export-Musterlager.

Die Errichtung deutscher Export-Musterlager hat die englischen Industriellen nicht taufen lassen, bis sie jetzt so weit sind, daß in London ein ähn- liches Institut ins Leben gerufen werden kann. Seitens der englischen Handelspresse wird dem Ge- schäftstreibenden eifrig zugeredet, dem deutschen Beispiele zu folgen und möglichst directe Verbin- dungen mit den überseeischen Exportmärkten anzu- knüpfen. Die Londoner „Export Exchange“ kommt inmitten der City zu liegen, wird über 300 Ab- theilungen mit den entsprechenden Nebenräumen erhalten und ihre Beamten werden so gewählt, daß sie den Interessenten über alle denkbaren, in ihr Fach einschlagenden Fragen verlässliche Auskunft ertheilen können. Man verspricht sich von der Londoner Export Exchange die günstigsten Wirkungen für den Ausfuhrhandel mit den Erzeugnissen der englischen Industrie.

### Die Opposition in Bulgarien.

Die vereinigten Karakolowisten und Bankowisten versichern, daß sie sich an dem bevorstehenden Wahlkampf um dem Grunde nicht betheiligen werden, weil die Regierung sie in jeder freien Action durch harte Maßregeln, wie scharfe Censur der er- scheinenden oppositionellen Blätter, Demonstrationen, wie die letzten von Karakolow's Wohnung statt- gefundene u. s. w., behindere. Es läßt sich jedoch mit Bestimmtheit behaupten, daß zugleich ein anderer Grund die Opposition zu diesem Entschluß ver- anlaßt und daß letzterer nicht zum wenigsten der Ueberzeugung zuzuschreiben ist, daß diesem Flügel der Opposition absolut keine Chancen im Wahl- kampf lächeln. Was die nationalliberale Partei betrifft, theilt sie sich jetzt bekanntlich in zwei Fractionen, deren eine Stambulow, die andere Radoslawow ihren Chef nennt. Zwischen diesen beiden Parteien wird sich der Wahlkampf abspielen. Wie sich ungefähr das Stimmenverhältniß zwischen diesen Parteien gestalten werde, läßt sich heute in keiner Weise absehen, obgleich versichert wird, daß Stambulow, welcher einen Theil der Radoslawow- listen für sich zu gewinnen hofft, siegreich aus dem Kampfe hervorgehen werde.

### Die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel.

Gegenüber den immer wieder vorkommenden Gerüchten über heunruhigende Vorgänge in Mace- donien wird der „Bol. Corr.“ aus Konstantinopel auf Grund verlässlicher, aus Macedonien einge- langter Berichte in bestimmter Weise versichert, daß daselbst vollständige Ruhe herrsche und in letzter Zeit nichts vorgekommen sei, was zu der Entstehung der erwähnten Gerüchte hätte Veran- lassung geben können.

Mit Bezug auf die in der Presse auftauchenden Meldungen von Unruhmüßigen der serbischen oder montenegrinischen Grenze durch albanische Stämme, sowie von der Weigerung der letzteren, die monte-











504 2000000000